

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstandskonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Kellerei Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgepostete Postzeitung 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelanfertigung und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 102

Dienstag den 3. Mai 1921

87. Jahrgang

Alderdistel betr.

Zur Bekämpfung der Alderdistel ergeht auch in diesem Jahre an alle Eigentümer, Pächter und Bewirtschafter von Grundstücken die Aufforderung, die Alderdistel und andere schädigende Disteln auf ihren Grundstücken, sowie auf den Reinen, Wogen, Dämmen, Gräben, Uferböschungen, Eisenbahndämmen derart rechtzeitig zu vertilgen, daß sie nicht in blühendem oder reifem Zustande anzutreffen sind.

Da die Verbreitung der Distel nicht nur durch den Samen, sondern auch durch die „Wurzeldisteln“ erfolgt, ist auf die Entfernung der Distelwurzeln mittels Distelzangen oder Distelisen Bedacht zu nehmen.

Die Ortsbehörden wollen die Durchführung der ordnungsmäßigen Vertilgung der Alderdistel gehörig überwachen und nötigenfalls die Säumigen zwangsweise dazu anhalten.

569 G. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 26. April 1921.

Beerwälder Straße vom Rittergut Reichstädt bis Beerwalde bis auf weiteres, wegen Bau, für den Verkehr

gesperrt.

Der Verkehr wird über Ruppendorf verwiesen.

Rittergutsvorwaltung Reichstädt.

Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde, 2. Mai. Eingeleitet wurde der gestrige 1. Mai durch Gesänge auf den Höhen der Umgebung der Stadt. Die für vormittags 10 Uhr vom Gewerkschafts-Komitee nach dem Schützenhaus einberufene Mai-Festversammlung konnte erst mit ziemlicher Verspätung eröffnet werden. (In Dippoldiswalde gehört ja bei fast allen Veranstaltungen das Zutspätkommen jetzt zur Regel.) Mit „Ich warte dein“ leitete der Gesangverein „Liederkrantz“ die Versammlung unter Leitung seines Liedermeysters Herrn Börner ein, worauf Herr Ersfurth zu einer kurzen Festrede das Wort nahm. Maßgebend seien für die Sozialisten Kampfgedanken; Kampf für Durchsetzung seiner völkerbefreienden Ziele, die im Gegensatz stehen zu den Forderungen des militärischen Imperialismus. Voraussetzung für Erreichung dieses Zieles sei freilich Einigkeit. Darnach möge jeder streben. Wenn sich heute drei Internationalen streiten um die Macht, um die Führerschaft, so sei gewiß, die gesamte Menschheit werde die Internationale sein, die die hohen Ziele des Sozialismus dereinst zur Tat werden lasse. Freilich sei der Tag noch fern. Gar manchem dauere es zu lange. Aber ein solcher Kampf könne unmöglich mit einem Ruck zum Siege führen, es könne nur von Etappe zu Etappe gehen. Auch Rückschläge blieben nicht aus, in deren größter Not der Arbeiter sich klammere an seine starken Organisationen. Fest verankert sei im Herzen des Sozialisten die Gewißheit, daß der Siegestag einst kommen werde. Wenn die jetzige Generation ihn auch nicht erlebe, so doch deren Kinder und Kindeskinde. Der Wegbereiter zu sein für jene, sei die Aufgabe der Lebenden. — Hierauf forderte Herr Stadtrat Volgt, unter dessen Leitung die Versammlung stand, ebenfalls auf, alles Trennende zu vergessen, und verlas sodann die folgenden allgemeinen Mai-Fest-Forderungen: „Nationale Gerechtigkeit für alle Völker und dementsprechende Revision des Friedensvertrages! Wiederherstellung des internationalen Handels und Verkehrs! Sicherung des geistigen Kampfes in Wort und Schrift, unbeschränkt durch Willkürgesetze, die nichts anderes als politische Tyrannei sind! Freilassung aller, die wegen ihrer politischen Gesinnung gefangen gehalten werden! Abschaffung des Militarismus in allen Ländern! Frieden zwischen den Völkern!“ — Er knüpfte hieran die Hoffnung, daß in gleichem Augenblicke in ungezählten gleichen Veranstaltungen nicht nur in Deutschland die Parole sein möge: „Die Arbeit muß herrschen!“ — „Empor zum Licht“, wiederum gesungen vom „Liederkrantz“, schloß die schlichte Feier. (Die schöne Akustik des Schützenhaus-Saales wurde nicht, wie bei Abendunterhaltungen beeinträchtigt durch einen Vorhang in der Nische, was dem Gesang noch zugute kam.) — Die Versammlungsbefucher begaben sich hierauf nach dem Marktplatz, wo der Gesangverein „Liederkrantz“ zwischen den einzelnen Nummern der Pflanzmusik noch manch Lied ertönen ließ. — Nachmittags fand gemeinsamer Spaziergang nach Kurhaus Seifersdorf statt.

— Der Sportverein Dippoldiswalde 1910 konnte jetzt sein 11. Stiftungsfest begehen und tat dies in Form eines Konzertes mit Theater und anschließendem Ball am Sonntagabend. Der Einladung waren die Mitglieder und viele Freunde und Gönner gern gefolgt und wurden durch Musikvortritte der Stadtkapelle und verschiedene Sopran-Soli einer Frä. Müllenberg erfreut. Besonders letztere fand mit ihrer weichen, melodischen Stimme und hübschen Vortragweise viel Beifall. In den Begrüßungsworten brachte der

Vorsitzende, Herr Fehler, zum Ausdruck, daß in unserer Stadt Sport und Leichtathletik leider noch recht wenig fruchtbaren Boden gefunden haben. Neue Freunde zu gewinnen, Mitglieder zu erwerben sei Mitzweck des Abends. Den zweiten Programmpunkt bestritt der dramatische Verein „Mignon“ — Hainsberg mit Aufführung eines dreiaktigen Schwanke „Wer ist der Vater?“, der unter dem Titel „Die spanische Fliege“ hier schon wiederholt aufgeführt wurde. Im allgemeinen wurde flott gespielt, die einzelnen Pointen gut herausgearbeitet, sodaß man sich köstlich amüsierte und mitunter wahre Lachsalven ertönten. Eine Tombola mit schönen Gewinnen unterbrach den Ball. Wünschen wir dem Verein, daß der durch den Vorsitzenden dargelegte Zweck des Abends, neue Mitglieder zu werben, auch Erfolg gehabt hat.

— In der am vergangenen Sonnabend Abend im Gasthof zum „Hirsch“ stattgefundenen Vorstandssitzung der hiesigen priv. Schützengesellschaft wurden neue Mitglieder zum uniformierten Korps aufgenommen und die Mitglieder des Vorstandes ausgelost, welche die Aufsicht an den an 16 Sonntagen stattfindenden Kleinodschießen zu übernehmen haben, auch die Schießeinlagen für Mitglieder und Gäste wurden festgesetzt. Der Vorsitzende, Herr Haubold, gibt bekannt, daß Herr Raden, der seit einer langen Reihe von Jahren der Gesellschaft als „Böllermeister“ gedient, diese Stelle wegen Krankheit gekündigt hat und diese Stelle neu zu besetzen ist. Weiter liegt eine Einladung zu dem am 12.—14. Juni d. J. stattfindenden Jubiläumsfest der priv. Schützengesellschaft zu Geising vor, man beschließt, bei genügender Beteiligung, dieser Einladung nachzukommen. Weiter nimmt man Kenntnis von einer Mitteilung des Kassierers, Herrn Niewand, daß die Gesellschaft mit einer ganz beträchtlichen Summe zum Reichsnotopfer herangezogen worden ist. Nach Erledigung anderer Vorlagen schließt der Vorsitzende die Sitzung.

— Sonntagabend hielt die Freiwillige Feuerwehr ihr 56. Stiftungsfest mit Tafel und Ball ab, das erstmalig nach dem Kriege. Nach begrüßenden Worten ihres Kommandanten, Herrn Arthur Reichel, begann um 7 Uhr die Tafel, an welcher als Ehrengäste auch Herr Bürgermeister Herrmann nebst Gemahlin teilnahmen. Eine stattliche Anzahl Ehrenmitglieder, passive und aktive Kameraden hatten sich mit ihren Frauen eingefunden. Nach verschiedenen Toasten und einem gesungenen Tafelied wurde die Tafel gegen 9 Uhr aufgehoben. Ein anschließendes sehr gemütliches Tänzchen, woran sich alle Teilnehmer lebhaft beteiligten, ging mit verschiedenen Abwechslungen flott von statten. — Während einer Pause überreichte Herr Branddirektor Rettner, welcher leider durch Besuch an der Teilnahme der Tafel verhindert war, den Kameraden Herrmann Reichel und Otto Böhme in markigen Worten das Diplom für 20jährige Dienstzeit, sowie den Kameraden Albert Wessely und Hermann Burthardt das von der Stadt gestiftete Diplom für 15jährige Dienstzeit. Herr Kommandant überreichte den beiden letzteren das seitens der Wehr gestiftete Anhängsel an die Uhrkette.

— Mittwochabend halb 9 Uhr liest Herr Pöschel — Charand in einem öffentlichen Leseabend in „Stadt Dresden“ aus im Buchhandel nicht erschienenen und nur in wenigen Abschriften verbreiteten Dichtungen des Schweizer Schriftstellers Ernst Zahn. Es dürfte für alle Literaturfreunde eine seltene und sich nie wieder bietende Gelegenheit sein, diese unveröffentlichten Werke des in weiten Kreisen so beliebten Dichters zu hören, die zu den besten Gaben seiner Kunst gezählt werden müssen. — Eintrittskarten sind bei Herrn Kästner, am Markt, und an der Abendkasse erhältlich.

— Die Geschäftszeit des Finanzamtes Heidenau ist ab

Im Genossenschaftsregister ist heute auf Blatt 12, betr. den Spar-, Kredit- und Bezugsverein Obercarsdorf mit Überdorf, eingetragen worden, daß Johann Dießner nicht mehr Mitglied des Vorstandes ist und daß der Gutsbesitzer Hermann Lange in Obercarsdorf zum Vorstandsmitglied bestellt worden ist. 1A Reg. 7 c/21.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 29. April 1921.

Geschäftszeit des Finanzamts und der Finanzkasse zu Heidenau, Pirnaer Str. 15

vom 1. Mai bis 30. September d. J.

a) des Finanzamts: täglich 7 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags;
b) der Finanzkasse: täglich 7 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume des Finanzamts können Freitag, den 6. und Sonntag, den 7. Mai nur dringliche Sachen erledigt werden.

Finanzamt Dippoldiswalde, am 2. Mai 1921.

Druckmaschinen für Gemeindebehörden fertigt Buchdruckerei Carl J. gnc.

1. Mai geändert worden. Wir verweisen auf die diesbezügliche Bekanntmachung.

— In kindlichem Leichtsinne, vielleicht auch durch Gespölen veranlaßt, genöß das dreijährige Mädchen einer hiesigen Familie Maiblumen. Trotdem es alsbald in ein Dresdner Krankenhaus gebracht wurde, ist es dort verstorben. Es sei dieser Fall eine Warnung. Die Maiblume ist giftig, auch das zwischen die Lippen Nehmen kann Entzündungen hervorrufen.

— Bei der hiesigen Sparkasse erfolgten im Monat April d. J. 1256 Einzahlungen im Betrage von 404 316,93 Mark, dagegen wurden 531 Rückzahlungen im Betrage von 320 857,06 Mark geleistet.

— Seit dem 1. Mai werden wieder die Wettervorhersagen für den folgenden Tag sowohl am Postgebäude, als auch im Vorraume des Fahrscheinkaufs im Bahnhof ausgehängt.

— Die Mitglieder der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gewerkschaft Dippoldiswalde werden ihre Damen- und Herren-Friseur-Salons am Himmelfahrtstage, 5. Mai geschlossen halten.

— Seitens des Bezirks-Feuerwehr-Verbandes der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde werden im laufenden Jahre die Feuerwehren von Höckendorf, Altenberg und Geising geprüft werden. Als Prüfer wurden Vogel-Olaschütze, Reichel-Dippoldiswalde, Vorig-Wärenstein und Dietrich-Seifersdorf, letztere beiden als Stellvertreter, gewählt. Die Prüfungen sollen in Höckendorf am 28. Juni nachmittags und in Geising und Altenberg am 5. Juni, erstere um 12 Uhr mittags, letztere um 2 Uhr nachmittags stattfinden.

— Seitens der Kreishauptmannschaft Dresden ist dem Denkmalsauschuss der Gemeinde Hermsdorf, Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, Genehmigung erteilt zur Vornahme einer Hausammlung zur Errichtung eines Kriegerdenkmals. Die Sammlung ist auf die Gemeinde und auf die Monate Mai und Juni d. J. beschränkt.

Obercarsdorf. Das 25. Stiftungsfest der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr wird am 18. Juni festlich begangen werden.

Altenberg. Der Betrieb der staatlichen Personenkraftwagenlinie Ripsdorf-Wärenburg-Altenberg-Zinnwald wird am 5. Mai (Himmelfahrtstag) eröffnet werden. Die neuen Wagen haben bereits eine Probefahrt ausgeführt.

Dresden. Im Reichstage wurde dieser Tage eine Neuordnung des Ortsklassenverzeichnisses vorgenommen. Die Rückwirkungen dieses Beschlusses treten für Sachsen dadurch in die Erscheinung, daß über 1000 sächsische Orte in eine höhere Stufe kommen. Jedoch auch diese Einstufung entspricht noch nicht den Wünschen der Regierung und der Beamten. Doch soll es sich noch immer um eine vorläufige Regelung handeln und eine künftige Regelung noch bevorstehen, worüber zwischen sächsischer und Reichsregierung noch verhandelt wird. In Sachsen sind 10 Orte in die Ortsklasse A versetzt worden, nämlich außer den drei Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz die Borsdorfer Deuben, Loschwitz, Blasewitz, Weißer Hirsch, Rabenau, Böhlitz-Ehrenberg und Wahren. In Ortsklasse B sind versetzt worden: Zwickau, Plauen, Annaberg, Glauchau, Auerbach, Falkenstein, Bad Elster, Delsnitz i. B., Delsnitz i. E. usw. Insgesamt sind in Ortsklasse B 48, in C 323, in D 715 Orte eingereiht worden. Die übrigen Orte gehören der Klasse E an.

Coswig. Die Dresdner Feuerwehr wurde Sonnabend früh in der 8. Stunde nach Coswig zu Hilfe gerufen, wo durch Explosion eines Benzinbehälters in der Leerproduktionsfabrik

von Prée & Co. ein großes Schadenfeuer ausging, daß sich in kurzer Zeit über das ganze Hauptgebäude und einen Fahrstahlschuppen ausbreitete. Beide Gebäude brannten völlig aus. Mächtige Rauchschwaden stiegen empor und kündeten weithin im Elbtal das Großfeuer. Auch auf den Höhen um Dresden wurde der Brand wahrgenommen.

Pirna. Der Schädelknochen im Pillnitzer Forst ist nunmehr aufgefunden und hat zur Aufdeckung eines Verbrechens geführt. Die Untersuchungen haben ergeben, daß es sich um den Schädel eines 5-6 Jahre alten Knaben handelt. Die daraufhin weiter angestellten Nachforschungen führten zu der Feststellung, daß es sich um den 5 Jahre alten außerehelichen Sohn einer in Hinterjessen bediensteten, 26 Jahre alten Dienstmagd W. handelt. Diese hatte ihr Kind seinerzeit ihrer Mutter in Rottwerndorf in Pflege gegeben und nach dem Tode der Großmutter nahm eine andere in Rottwerndorf wohnende Familie das Kind an sich. Mitte Januar dieses Jahres erschien nun die Mutter des Kindes in Rottwerndorf und nahm ihr Kind unter der Angabe, es nach Schönfeld bei Dresden in Pflege geben zu wollen, mit. Auf dem Wege durch den Pillnitzer Forst hat nun die Mutter, wie sie nach längerem Leugnen eingestand, dem Kind Gift gegeben und, nachdem es gestorben war, an Ort und Stelle mit den Händen eingescharrt. Am Tatort, wohin man die entmenschte Mutter führte, und der in unmittelbarer Nähe der Fundstelle des Schädels war, wurden Knochenreste oder dergleichen nicht mehr gefunden; wahrscheinlich sind sie vom Wild verschleppt worden. Die Kindesmörderin wurde in Haft genommen und dem Amtsgericht in Pirna zugeführt.

Reugersdorf. Zum Bau von Siedlerhäusern wollen hiesige Industrielle eine Million Mark zeichnen, unter der Voraussetzung, daß ein entsprechender Betrag auch von anderer Seite zur Verfügung gestellt wird.

Ramenz. Tödlich verunglückt ist in Glaubnitz der bei einem Gutsbesitzer als Scholar tätige 16 Jahre alte Sohn des Buchhalters Martin Schöne aus Großröhrensdorf. Als er die Pferde anschnüren wollte, kam eines der Tiere zu Fall, und schlug ihn dabei vor den Kopf.

Schirgiswalde. Einen Raubmord versuchten der 20 Jahre alte Tischlergeselle Benno Döring und der 21 Jahre alte Steinmetz Paul Schierz von hier an einem Schneidemeister und Handelsmann Sch. in dessen Wohnung in Neusalza zu verüben, doch scheiterte der Anschlag durch Verlegen des Revolvers. Die Täter ergriffen die Flucht, konnten aber festgenommen und dem Gerichte übergeben werden.

Schönbrunn. Eine seltene Abnormität ist hier einem Gänse-Ei entschlüpft und zwar ein Kriechel mit 4 Beinchen und zwei Schwänzen. Das Gänsechen ist bereits drei Wochen alt und ganz munter.

Limbad. Für die geplanten Kleinwohnungsbauten sind der Stadt vom Landeswohnungsamt 1345 000 Mark als Zuschüsse überwiesen worden.

Hohnstein. Unsere Schützengilde gedenkt in diesem Jahre das 300jährige Jubiläum zu feiern; es soll mit dem Augustschützen am 13. und 14. August verbunden werden. Das eigentliche Gründungsjahr ist 1614, die Jubelfeier war 1914 geplant, wozu auch schon sämtliche Vorarbeiten erledigt waren. Wegen Kriegsausbruches mußte die Feier aber unterbleiben. Wegen Kriegsausbruches mußte die Feier aber unterbleiben.

Dittersbach bei Frankenberg. Bei dem Gewitter am Freitag nachmittag schlug der Blitz (ein sogenannter kalter Schlag) in das hiesige Schulgebäude während des Unterrichts ein. In der Küche der Wohnung des Lehrers richtete er größeren Sachschaden an; so brach die Decke teilweise ein, Küchengeräte wurden zu Boden geworfen, die elektrischen Sicherungen zerstört. Die Schülerinnen kamen mit dem Schrecken davon.

Schneeberg. Der Gesamtvorstand des Erzgebirgsvereins beabsichtigt, das vielbesuchte, aber räumlich beschränkte, dem Hauptverein gehörige Unterkunftsheim am Albert-Turm auf dem Spiegelwalde mit einem Kostenaufwande von 150 000 Mark zu erweitern, um Fremdenzimmer, eine Wirtswohnung und mehr Gastraum zu gewinnen. Die Mittel will man durch Zeichnung von Anteilsscheinen aufbringen.

Mis. Trotz geringer eigener Mittel wurde vom Gemeinnützigen Bauverein der Bau von 13 Häusern mit 24 Wohnungen in Angriff genommen; zur Verfügung standen 720 000 M. an Reichs- und Gemeindeforschüssen; die Eisenbahnverwaltung trug 800 000 M. bei, wodurch die Ausführung sichergestellt wurde. Der Bau von weiteren Häusern wurde in der Hauptversammlung beschlossen. Verhandlungen wegen Beitritts sollen mit Behörden und Verbänden geführt werden.

Blauen i. B. Ein Kaufmann auf der Kaiserstraße machte dieser Tage die unangenehme Entdeckung, daß aus seinem Schließfach für die Girokasse fünf Scheckformulare herausgerissen waren. Die daraufhin gemachten Feststellungen haben ergeben, daß drei dieser Formulare, unterschrieben mit dem Namen des Kaufmanns, bei der Girokasse vorgelegt und auch bereits 1400 M. abgeboben worden waren. Bald darauf gelang es, die bei dem Kaufmann tätige Aufwartefrau als Täterin zu ermitteln, die die Scheckformulare entwendet, unterschrieben und dann eingelöst hatte. Das Geld hat sie in ihrem Nutzen verbraucht. (Mio, Girokassenmitglieder, Vorsicht!)

Sachsen. Die Leitung der Pestalozzischule hatte angeordnet, mit dem Kochunterricht in der neugegründeten Mädchenfortbildungsschule eine gemeinnützige Speiseanstalt für Arme zu verbinden, wie dies auch anderwärts der Fall ist. Der Schulausschuß hat jedoch abgelehnt, zurzeit eine solche Verbindung wegen der daraus erwachsenden Schwierigkeiten vorzunehmen.

Lloyd George.

Rh. Es hat Zeiten gegeben, da galt Lloyd George der Welt als ein Staatsmann von großem Kaliber. Seine Kriegspolitik hatte Konsequenz, weil sie ein Ziel, die Vernichtung Deutschlands, hatte und weil sie auf allen Flügeln gedeckt war durch Männer vom Schlage Clemenceaus und Lord Northcliffers. Das waren für die Stedehige des Krieges Männer, mit denen man arbeiten konnte, mit denen man sich auch den Frie-

den erobern konnte, den man für alle Zeiten als charakteristisches Denkmal englisch-französischer Siegespolitik in Versailles zustande gebracht hat. Ueber diesen Frieden hinaus waren Lloyd George keine wirklichen Erfolge mehr verbüßt, weil mit Kriegsschluß die Tage für den wirklichen, vorausschauenden Staatsmann hätten kommen müssen, der Lloyd George nicht ist. Als die Zeiten des Abreisens, der negativen Arbeit vorüber waren, da fehlte der aufbauende Sinn, fehlte das Verständnis für die neuen Ziele. Was Lloyd George seitdem der Welt geboten hat, ist nur mehr ein Handeln von Fall zu Fall, ein arges Vertuschen von Gegensätzen und ein Verkleinern der Sprünge, die sich täglich neu aufstaut. Lloyd George, Clemenceau und Briand haben sich und andere seit Versailles von Konferenz zu Konferenz geschleppt, und ein negatives Ergebnis an das andere gereicht. Ihre ganze Weisheit bestand darin, sich am Ende wieder auf Kosten eines Dritten, Deutschlands, zu vertragen, und für ein paar Wochen den Ausweg zu suchen, der in eine neue Sackgasse führte.

Man hätte ein Ziel, das einzige Nachkriegsziel haben können, den Wiederaufbau Europas, aber man hatte es nicht, weil es Verhandlungen mit Deutschland vorausgesetzt hätte. Vom Wege der Gewalt, vor Diktat, wollte man nicht weichen. Und dabei geriet Lloyd George, der Mann des ewigen Umsallens, mit jeder Konferenz mehr in die Hände der Franzosen. Weil er den für England denn doch nachgerade unenträglich gewordenen französischen Ueberdauwinisten Poincare unumgänglich als Gegenspieler in der Verhandlungspolitik haben konnte, ohne sich in England und anderswo zu kompromittieren, mußte er nach Möglichkeit Briand stützen und ihm darum eine Gefolgschaft leisten, die oft genug über seinen eigenen Willen hinausgegangen sein dürfte. Aus Furcht vor dem kommenden Poincare fiel er von Konferenz zu Konferenz zugunsten Briands und seiner Forderungen um.

Diese ewige Hin- und Herpolitik, die nie zum Frieden führen kann, hat Lloyd George in England sehr geschadet. Sein Ansehen als Staatsmann hat erheblich gelitten, zumal zu den Unzulänglichkeiten der äußeren Politik auch die Fehlschläge in der inneren Politik kamen. Der einst so gelehrte erste Minister, der in Irland nicht vom Fleck kommt, in Indien nichts Rechtes zuwege bringt, im Vergarbeiterstreik die Gefahr sehr an die Staatsmaschine hat heranrücken lassen, gilt in England mehr und mehr als ein Mann, dem nichts Rechtes mehr gelingt und dem auch die sichere Stütze einer starken Partei fehlt. Wer englische Blätter liest, erfieht das unshwer. Lloyd George ist nicht mehr der Mann des unbedingten Vertrauens; er hat zu viele schwache Seiten gezeigt, und die europäische Politik zu sehr von London nach Paris hinübergeleitet lassen. Daß das auf die Dauer in England verknüpfen mußte, ist selbstverständlich, zumal seine Politik den Franzosen immer wieder die Hand freigegeben zu den Veuruhigungen, die den fähiger und klarer denkenden Engländern neben dem politischen das kaufmännische Geschäft verderben. Alles in allem kann man sagen, daß Lloyd Georges große Kriegs- und Nachkriegszeit vorüber ist, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten erweisen sich auf die Dauer als stärker, denn eine Politik der Augenblicksmittel.

Frankreichs Säbelrasseln.

Die Ruhrbesetzung noch nicht genug.

Im französischen Senat wurden am Freitag die Etatsstellen besprochen, die von Deutschland vergütet werden sollen. Dabei erklärte Senator Jenuvier, Frankreich, das den Sieg errungen habe, aber trotzdem wirtschaftlich zugrunde gerichtet sei, müsse unbedingt bezogen werden. Der Redner gab seiner Verdringung über die bevorstehende Besetzung des Ruhrgebiets Ausdruck, denn die Forderungen der Verbandsregierungen würden dadurch flüssig gemacht werden können. Durch einen wirksamen Druck auf Deutschland würde es wohl möglich sein, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Frankreichs zu beschwören.

Aber die Besetzung des Ruhrgebiets reichte nicht aus, um Deutschland an der Fortsetzung seiner Rüstungen (!) zu hindern. Man müsse deshalb andere Maßnahmen ergreifen, um diese Gefahr zu beschwören. Man hätte die Macht, man müsse sie gebrauchen, um sein gutes Recht zu verteidigen. Das ganze Land stehe hinter der Regierung und wolle, daß Frankreich heute den Frieden und morgen die Sicherheit verlange.

Finanzminister Doumer erklärte, in der gemeinsamen Stunde verlange das Land von der Regierung Taten, nicht Worte. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Freiwillige werden aufgerufen.

Am selben Tage nahm die Kammer einen Gesetzesentwurf an, der die Regierung ermächtigt, Freiwillige für die Armee für 1/2 Jahr, für ein Jahr und für 18 Monate zu verpflichten. Dabei fällt jede Rücksicht auf die Dauer seiner früheren Militärzeit, auf die Zeit, zu der der Dienstpflichtige aus dem Militärdienst geschieden ist, weg. Bei der Debatte wurde die Bedeutung des Gesetzes unter den gegenwärtigen Umständen betont.

Einberufung des Jahrgangs 1919.

Auch sonst legt die französische Regierung ihre militärischen Vorbereitungen rücksichtslos fort. Der letzte Ministerrat hat den Kriegsminister zur Einberufung des erst vor wenigen Wochen zur Reserve entlassenen Jahrgangs 1919 ermächtigt, obwohl augensichtlich in fast allen Garnisonen Frankreichs eine ungemeln heftige Epidemie bössartiger Grippe wütet. Die französische Regierung empfindet also nicht einmal mit ihren eigenen Vorgesetzten das mindeste Mitleid, wie sollte sie es also mit den verhassten „Voches“ haben?

Die widerrechtlichen Sanktionen.

Eine bemerkenswerte Feststellung der Reparationskommission.

Wie „Chicago Tribune“ mitteilt, hat die Reparationskommission festgestellt, daß gegen Deutschland aus dem Grunde, weil es bis zum 1. Mai die fälligen

20 Milliarden Goldmark nicht vollkommen bezahlt, Sanktionen nicht angewandt werden können. Nach dem Wortlaut des Vertrages können für die Restschuld im Sinne des § 235 nebst Anhang nur verzinsbare Bons verlangt werden. Diese Feststellung der Reparationskommission sei gegen den verabschiedeten Widerstand der französischen Delegation gefaßt worden.

Hierzu erklärt Havas: „Die Reparationskommission ist nicht berufen, darüber zu entscheiden, ob Zwangsmaßnahmen ergriffen werden oder nicht. Die Reparationskommission teilt den Regierungen die Verfehlungen Deutschlands gegenüber dem Friedensvertrage mit, die sie festgestellt hat. Aber es ist Sache der Regierungen und nicht der Reparationskommission, Entscheidungen über die Zwangsmaßnahmen zu treffen.“

Es ist verständlich, daß die französische Regierung gegen die ihr unangenehme Feststellung der Reparationskommission auf ihre Weise vorzugehen sucht. Aber die Reparationskommission hat mit ihrer Feststellung völlig Recht, kein Mensch kann ihr Wohlwollen für Deutschland vorwerfen. Das Havasdemont hat in gewisser Beziehung Unrecht. Wohl haben die Entente-regierungen über die „Sanktionen“ zu entscheiden, aber nach dem Friedensvertrag haben sie sich erst dann damit zu beschäftigen, wenn die Reparationskommission „Sanktionen“ beantragt. Evidenter konnte die Widerrechtlichkeit der „Sanktionen“ nicht bewiesen werden.

Die Schuldfestsetzung.

Eine deutsche Erklärung an die Reparationskommission.

Die Reparationskommission hatte dem Vorsitzenden der deutschen Kriegslastenkommission, Herrn von Dertzen, aufgefordert, sich zur Entgegennahme der Beschlüsse über die von Deutschland zu leistende Reparationssumme und zur Verhandlung über den Zahlungsplan beim Ausschuss einzufinden. Herr v. Dertzen erschien jedoch nicht zu der für Freitag festgesetzten Sitzung, sondern übersandte einen Brief, in dem es heißt:

„Nach den mir von der Deutschen Regierung erteilten Aufweisungen sehe ich mich nicht in der Lage, am 29. April über den Zahlungsplan zu verhandeln. Die Deutsche Regierung hat ihre Gedanken über die Lösung des Reparationsproblems den Konferenzen in Spa, Brüssel und London unterbreiten lassen und hat vor wenigen Tagen der amerikanischen Regierung einen neuen Plan übermittelt, auf welchen eine Antwort noch aussteht.“

Die Deutsche Regierung möchte es unter diesen Umständen zunächst der Reparationskommission überlassen, ihrerseits einen Plan aufzustellen, hinsichtlich dessen sie jedoch alle Vorbehalte macht. Sie verweist dabei auf die bei den Verhandlungen über die Höhe der Entschädigungssumme von ihren Vertretern abgegebenen Erklärungen, in welchen gegen die Unzulänglichkeit der ihr zur Prüfung der Entschädigungsforderungen gegebenen Zeit und gegen die Unzulänglichkeit der Unterlagen dieser Forderungen wiederholt Verwahrung eingelegt worden ist. Sie muß diese Verwahrung auch darauf erstrecken, daß die Reparationskommission trotz der Bedeutung der Angelegenheit eine Frist von 24 Stunden für ausreichend erachtet hat, um der Deutschen Regierung die Instruktion ihrer Pariser Vertreter zu erteilen.“

Der Zahlungsplan der Reparationskommission.

Nach einer Meldung der „Berlinsche Tidende“ hat die Reparationskommission bereits einen Plan für Deutschlands Zahlungen festgesetzt, der auf einen Zeitraum von dreißig Jahren vom 1. Mai 1921 ab berechnet ist.

Die Londoner Konferenz.

Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten.

Sonntag, zum Teil auch schon Sonnabend, haben also in London die Besprechungen des „Obersten Rates“ begonnen. Sie werden uns die Entscheidung über die Besetzung des Ruhrgebiets bringen. Darüber, daß das Ruhrgebiet besetzt werden wird, herrscht wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit mehr zwischen Briand und Lloyd George. Die einzigen noch zu regelnden Differenzen sind die über die Art der Besetzung und die Ausbeutung des Gebiets.

Lloyd George, so sagen die Blättermeldungen, steht auf dem Standpunkt, daß vor Durchführung der Ruhrbesetzung Deutschland erst noch ein Ultimatum gestellt werden müsse. Nach Havas sollte es sich nach dem englischen Vorschlag darum handeln, von Deutschland binnen einer Woche eine Verpflichtungserklärung zu erlangen, daß es 42 Jahreszahlungen von je 2 Milliarden Goldmark und ebenfolgende 25 Prozent von Bruttowerten seiner Ausfuhr zahlen soll.

Frankreich bekämpft diesen Vorschlag an sich, aber auch die Idee des Ultimatums. Briand verlangt, daß zuerst die Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden, d. h., daß zuerst das Ruhrgebiet besetzt werde, und nach der Besetzung könnte dann allenfalls das Ultimatum gestellt werden.

Die Pariser Blätter melden außerdem, daß der englische Widerstand gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebiets nicht so sehr stark ist, dagegen der Widerstand gegen die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebiets erheblich. Aber dieser werde auch überwunden werden.

Die deutsche Antwort auf Londoner Anfragen.

Das britische Außenministerium hat von der deutschen Regierung eine kurze Note empfangen als Antwort auf die Anfrage, die von Downing Street aus nach Berlin gerichtet worden war, um die Unklarheiten in der an Amerika gerichteten Note aufzuklären. Die Note bestätigt, daß Deutschland bereit ist, 200 Milliarden Goldmark in Annuitäten entsprechend dem jetzigen Werte von 50 Milliarden Goldmark zu zahlen, aber über die Frage der Verzinsung und der Dauer der Jahreszahlungen schweigt die Mitteilung. Diese deutsche Antwort hat in England

stark verstimmt und wird als durchaus ungenügend bezeichnet.

Das Urteil Lord d'Albion.

Welter wollte die englische Regierung ihre Stellungnahme von den Auslieferungen abhängig machen, die ihr der jetzt in London eingetroffene Berliner Botschafter Lord d'Albion geben sollte. Nach Lord d'Albions Auffassung steht, wie „Daily Chronicle“ mitteilt, in Deutschland die jetzige Regierung auf schwachen Füßen, und die Gefahr von rechts sei groß. Die deutsche Regierung ist eher bereit, den Wünschen der Alliierten entgegenzukommen, als die öffentliche Meinung im Lande. Die Befreiung des Ruhrgebiets werde daher mehr zur Erziehung der Bevölkerung notwendig (!) werden, als um einen Druck auf die Regierung auszuüben.

Die Tagesordnung.

Nach dem „Echo de Paris“ stehen sechs verschiedene Punkte auf der Tagesordnung des Obersten Rates:

1. Die Frage des Ultimatums. Hier sei der Standpunkt der Franzosen, daß das Datum des 1. Mai schon an und für sich eine Art Ultimatum darstelle.
2. Das Abkommen von Paris: Die Engländer wollten keine Forderung herabsetzen, die Franzosen darüber hinausgehen, um auf das Niveau zu gelangen, das die Reparationskommission festgesetzt habe.
3. Die Frage der zwölf Milliarden Restschuld aus Artikel 235.
4. Die Befreiung des Ruhrgebiets, das französischerseits nicht als ein Druckmittel, sondern als ein dauerhaftes Pfand für die regelmäßige Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland unterzeichnet habe, angesehen werde. In London glaube man jedoch nicht, daß die Verbündeten in der Lage sein werden, mit Ruhe das Ruhrgebiet auszubenten.
5. seien die Einzelheiten der Befreiung des Ruhrgebietes vorgesehen.
6. abgesehen davon ständen die belgischen und französischen Minister auf dem Standpunkt, daß die Befreiung nicht nur wegen schlechten Willens in der Reparationsangelegenheit, sondern auch wegen Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage erfolgen müsse.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 2. Mai 1921.

- Die Ueberführung des Reichsgerichts mit Strafsachen hat in der letzten Zeit einen so hohen Grad erreicht, daß die Verletzung eines neuen, des 6. Straffensatzes, erforderlich wurde.
- Reichstagsabgeordneter Karl Gehbart (D. Sp.) ist im Alter von 82 Jahren in Lauerden in der Rheinpfalz nach schweren Leiden gestorben.
- Nach der „B. Z.“ hat das preussische Staatsministerium den Staatsrat auf den 6. Mai zu seiner konstituierenden Sitzung im ehemaligen preussischen Herrenhause einberufen.
- Oberpräsident Hörsing hat als Regierungskommissar für die Provinz Sachsen die rechtsstehende „Halle'sche Zeitung“ auf die Dauer von zehn Tagen verboten.
- Nach dem „Miemer Dampfboot“ ist der Generalgouverneur des Memelgebietes, General Odrzy, am 1. Mai aus seinem Amte geschieden.
- Wie die „Schlesische Zeitung“ mitteilt, sind in Preußen als Minister für evangelisch-lutherische Angelegenheiten ernannt worden die Minister Fischel, Warmboldt und Saemisch.

Obert an Hoover. Der Reichspräsident richtete an den Vorsitzenden der „American Relief Administration European Childrens Fund“, Herbert Hoover, ein Dankschreiben, in dem es heißt: Mit Bedauern habe ich vernommen, daß die „American Relief Administration“ beschlossen hat, den Verkauf der Lebensmittelgutscheine mit Ende April und die Lieferung von Nahrungsmittelpaketen mit Ende Juli dieses Jahres einzustellen. Damit geht ein Werk aufrichtiger Menschenliebe, das Sie in Europas schwerster Zeit ins Leben gerufen haben, seinem Abschluß entgegen. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen bei dieser Gelegenheit den aufrichtigsten Dank des deutschen Volkes für die Hilfe auszusprechen, die Sie zahlreichen notleidenden Familien, Müttern und Kindern in Deutschland geleistet haben. Sie haben es durch Ihre musterghaltige Organisation verstanden, den Weg zu weisen, auf dem die Gefühle der Nächstenliebe, die in der amerikanischen Nation ruhen, in die Tat umgesetzt werden können. Das deutsche Volk wird das große unter Ihrem Namen in der Welt bekannt gewordene Liebeswerk nicht vergessen. Das Band der Menschlichkeit, das aus den Liebestaten der Völker in Zeiten schwerster Not geknüpft worden ist, wird sich immer fester schlingen und dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis der Völker zu fördern und der Welt die Genesung und Befreiung zu bringen, deren sie so dringend bedarf. In dem Sie an dieser aufbauenden Tätigkeit mitgewirkt haben, haben Sie sich ein Verdienst um die Menschheit erworben, das weit über die Zeit der Tätigkeit Ihrer Organisation hinausreichen wird.

Rücktrittsgesuch Dr. Simons. Schon seit langem gehen Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt des Außenministers, und kürzlich sprach es der bayerische Bauernführer Dr. Heim öffentlich aus, daß Dr. Simons und Fehrenbach demnächst zurücktreten werden. Hierzu bringt die „Vossische Zeitung“ ins Einzelne gehende Mitteilungen über die Rücktrittsbefürchtungen Dr. Simons'. Der Minister wolle aber in Anbetracht der soeben eingeleiteten Aktion nach Amerika vorläufig sein Amt weiterbehalten und habe daher sein Gesuch zunächst noch nicht eingereicht. Reichskanzler Fehrenbach werde, da er sich mit Dr. Simons solidarisch erklärt habe, mit diesem zusammen den Rücktritt nehmen. Galbamtlich wird zu dieser Mitteilung nur erklärt, es sei richtig, daß der Minister des Auswärtigen vor einiger Zeit dem Reichspräsidenten sein Abschiedsgesuch vorgelegt habe. Wahgebend für den Entschluß des Ministers sei der Einbruch über die Stellungnahme der deutschen öffentlichen Meinung zu seiner Politik gewesen. Mit Rücksicht auf die von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit Amerika habe sich der Minister zugleich bereit erklärt, die Geschäfte seines Ressorts vorläufig weiter-

zuführen. Der Reichspräsident habe das Gesuch abgelehnt, da nicht nur das Kabinett die Vorschläge des Reichsministers über die Fortführung der von ihm mit Amerika begonnenen Verhandlungen billige, sondern auch die Reichstagsdebatte gezeigt habe, daß die Volkvertretung in ihrer großen Mehrheit diese Fortführung wünsche. (?)

Die Zollabsperrung im Westen. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus der Pfalz gemeldet wird, stehen auf den verschiedenen Bahnhöfen des Eisenbahndirektionsbezirks Ludwigshafen gegenwärtig Tausende von Güterzügen, die wegen der vorzunehmenden Zollrevision nicht abrollen können. Die Zollabfertigungen verzögern sich, weil die französischen Zollbehörden jetzt jeden Wagen öffnen lassen, trotzdem nach den bestehenden Instruktionen die Abfertigung nach den beigegebenen Zollpapieren zu erfolgen hat. Bei den großen Grenzbahnhöfen Germersheim, Speyer und Ludwigshafen steigern sich die Güterwagenanstauungen zu fast unerträglichen Verkehrshemmnissen. — Die Eisenbahndirektion West hat infolge der Ueberlastung der einzelnen Eisenbahnstrecken im besetzten Gebiet angeordnet, daß die Eisenbahnen des besetzten Gebiets für die Durchfuhr von Kohlen, Holz und Drittelts aus Holland bis auf weiteres gesperrt bleiben.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Wie aus Paris gemeldet wird, wiederholten im Auftrage der deutschen und mit Genehmigung der französischen Regierung Abdrösel aus Worgentz auf Ufedom und Professor Dr. Raffart aus Waderborn in diesen Tagen den Besuch der deutschen Kriegsgefangenen in Ablanon, Guers und Agay. Die Zahl der Gefangenen beträgt immer noch 1441 Vermisste sind nicht darunter, da sie sämtlich mit ihren Familien in brieflichem Verkehr stehen.

Gegen den Oberpräsidenten von Pommern richtete sich ein Antrag der Rechten, der Freitag im pommerschen Provinziallandtag gestellt wurde. Es wurde beantragt, an die Staatsregierung mit der Forderung heranzutreten, die Stellen der politischen Beamten, insbesondere den Posten des Oberpräsidenten, in einer dem Willen der Wählermehrheit gerechten Weise neu zu besetzen. In der Begründung erklärte der Vertreter der Deutschnationalen, daß seine Fraktion aus der bisherigen Geschäftsführung des Oberpräsidenten Phipmann die Ueberzeugung gewonnen habe, daß Herr Phipmann nicht über dasjenige Maß von Geschäftsfähigkeit und Unparteilichkeit verfüge, das erforderlich ist, um die Provinz vor schweren Störungen der Ruhe und Ordnung und des notwendigen Wirtschaftslebens zu bewahren. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 41 gegen 22 Stimmen angenommen.

Normalfrage für die Werbungskosten. Der Steuerauschuß des Reichstages nahm in seiner Sitzung am Freitag folgende Entschlieung an: „Das Reichsfinanzministerium solle anordnen, daß die Finanzämter bei der Festsetzung von Normalfragen als Hilfsmittel für die Einkommensteuerveranlagung solcher Steuerpflichtiger, die ihr Einkommen nicht auf Grund geordneter Buchführung angeben können, Sachverständige aus den verschiedenen Einkommensarten zuziehen müssen. Bei der Auswahl der Sachverständigen sind nach Möglichkeit Berufsverbände zu hören.“ Im weiteren Verlauf der Erörterung teilte Geh. Rat Kuhn mit, daß die für Arbeiter und Angestellte in Frage kommenden Werbungskosten nach Benehmen mit den Sachverständigen der einzelnen Berufe auf Durchschnittssätze gebracht worden seien, die bei der Veranlagung der Steuer abgezogen würden. Auch Lohnzuzüge bei Kurzarbeit, Lohnausfall bei Arbeitslosigkeit können in Abzug gebracht werden. Wenn Arbeiter oder Angestellte an einzelnen Tagen keine Arbeit und keinen Lohn haben, so vermindere sich das Jahreseinkommen um diese Beträge und müsse umgerechnet werden. Eine diesbezügliche Verfügung ist an die Finanzämter hinausgegangen.

Bayern gegen den Reichskunstwart. Im Staatshaushaltsauschuß des bayerischen Landtages wurde am Freitag ein Vorstoß gegen den neu geschaffenen Reichskunstwart unternommen. Der zuständige Referent des Kultusministeriums teilte mit, daß die Länder plötzlich vor die vollendete Tatsache eines Reichskunstwarts gestellt worden seien. Es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß die Stelle des Reichskunstwarts sich im Laufe der Zeit zu einem Reichskultusministerium ausbilden könnte.

Die Ortschaft in Oldenburg nicht verboten. Im oldenburgischen Landtag führte Ministerpräsident Tanzen auf eine sozialdemokratische Anfrage hin aus: Das oldenburgische Staatsministerium habe in einer Bekanntmachung vom 5. August v. J. alle bewaffneten Organisationen mit Hinweis auf die Ortschaft verboten. Es habe in einer späteren Bekanntmachung alle Behörden des Freistaates Oldenburg aufgefordert, der Staatsregierung Mitteilungen über etwaige Anzeichen von Bildungen bewaffneter Organisationen zu machen. Diese Bekanntmachung sei von den Vertretern der Organisation Escherich als ein Verbot ihrer Organisation aufgefaßt worden. Auf eine Anfrage von Vertretern der Organisation Escherich beim Staatsministerium, ob ihre Organisation gestattet sei oder nicht, wurde dieses geantwortet, daß alle bewaffneten Organisationen verboten seien, Betreibe dagegen, die gegen keine gesetzlichen Bestimmungen verstößen, von der oldenburgischen Staatsregierung weder bis jetzt noch in Zukunft verboten würden. Die Ortschaft legte dem Staatsministerium ein Vereinsstatut vor, nach welchem nach Ansicht des oldenburgischen Staatsministeriums die Ortschaft nicht zu verbieten sei.

Der Abtransport der internierten Russen aus Deutschland beginnt jetzt, nachdem der russisch-polnische Friede ratifiziert ist. Am 25. April hat bereits der erste Transport Internierter in Stärke von 800 Köpfen auf dem Landwege von Alt-Damm bei Stettin durch den polnischen Korridor über Ragniberg, Tilsit Deutschland verlassen, um in Riga von den russischen Sowjetbehörden übernommen zu werden. Ihm werden, vom 2. Mai ab beginnend, wöchentlich drei Transporte auf gleichem Wege folgen; um dieselbe Zeit beginnt auch der Abtransport zur See von Stettin aus. Bei alldem Verlauf der Trans-

portbewegung wird der Abtransport in der ersten Julihälfte beendet sein.

Noch keine Nachricht aus Washington.

Die Telegraphen-Union meldet, daß Freitag abend in Berlin bereits die Antwortnote in Amerika eingetroffen sei, und daß diese in ablehnendem Sinne gehalten sei. Antlich wird diese Nachricht demontiert und weiter mitgeteilt, daß bis Samstag abend beim Berliner amerikanischen Geschäftsträger noch keinerlei Mitteilung aus Washington zur Weiterleitung an das Auswärtige Amt eingetroffen sei.

Beratungen des Reichskabinetts.

Am Freitag abend hatte das Reichskabinett eine Beratung über die Reparationsfragen, die sich bis spät in die Nacht hinzog. Man besprach eingehend die Propositionen und auch über das, was geschehen müsse, um einen Abbruch der Verhandlungen mit Amerika zu verhindern. Auch die Offfragen, besonders die Lage in Oberschlesien, wurden eingehend besprochen. Ueber das Ergebnis der Sitzung wird Stillschweigen gewahrt.

Rundschau im Auslande.

Der „Matin“ meldet: Der italienische Botschafter in Washington überreichte gestern eine Note, in der Italien erklärt, daß es in der Mandatsfrage, speziell hinsichtlich der Insel Yap, mit der amerikanischen Regierung vollständig übereinstimme.

Die griechische Südfront ist von den Truppen Kemal Paschas abermals durchbrochen worden.

Die einige evangelisch-lutherische Kirche Rußlands, die die Deutschen, Finnen, Letten und Esten vereint, hat einstimmig den Bischof Konrad Preisfeldt an ihre Spitze gewählt, der eine der führenden Persönlichkeiten des Deutschtums im kaiserlichen Petersburg gewesen war.

Österreich: Die Diskussion der Entente.

Namens der in Wien weilenden Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes hat Herr Glöckner der Bundesregierung ein formelles Memorandum übergeben, in dem die Bedingungen enthalten sind, unter welchen Österreich eine Anleihe gewährt wird und eine Stützungsaktion für die österreichische Krone zugesichert werden soll. Dieses Memorandum bildet die Grundlage für die Gewährung der seit langem erwarteten Auslandshilfe. Die Gewährung des Kredits ist an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, wobei sich vor allem die Stilllegung der Notenzentrale befinden soll.

England: Unruhen in Indien.

Reuter meldet: Offiziell wird bestätigt, daß ein Polizeiwachmeister und drei Polizisten in Bombay bei Unruhen zwischen Hindus und Mohammedanern getötet worden sind. Auch ein Hindutempel ist verbrannt worden.

Volkswirtschaftliches.

Der Reichswirtschaftsrat für das Umlageverfahren. Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Umlageverfahren zur Regelung des Verkehrs mit Getreide. Der Entwurf steht die Einführung des Umlageverfahrens vor, das, wie in der Begründung gesagt wurde, der einzige gangbare Weg sei. Die Zwangsverfassung sei nicht aufrechtzuerhalten, nachdem das ganze Volk gegen sie Stellung genommen habe und zu ihrer Durchführung der dazu unbedingt notwendige gute Wille fehle. Auch sei dieses System nicht produktionsfördernd. Die freie Wirtschaft sei dies zwar sicherlich zunächst, ob auf die Dauer, sei jedoch fraglich. Das Umlageverfahren biete aber durch die Haftungsbedingungen bei Nichtablieferung des Lieferfalls, die die Belastung auf Länder und Kommunen verteilen, die beste, denkbarste Sicherheit dafür, daß der größte Teil des zur Volksernährung notwendigen Getreides auf diesem Wege erfaßt werde. Der Ausschuß stimmte der Regierungsvorlage grundsätzlich zu. Eine Reihe von Bedenken, die in der Erörterung zur Sprache kamen, sollen in einer besonderen Erklärung zusammengefaßt werden.

Im Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats über die Woche vom 24. bis 30. April wird folgendes mitgeteilt: In Deutschland bleiben die Angebote des Auslandes für Weizen ebenso für Roggen und Mais sehr umfangreich und an erster Stelle steht hierbei Nordamerika, wo man infolge der günstigen Ernteausichten sehr verkaufswillig ist und für spätere Versorgung erheblich niedrigere Preise als für nahe Ablieferung fordert. Für Mais spielen jetzt alle anderen Sorten eine größere Rolle als der früher hauptsächlich maßgebende La Plata-Mais. Der letztere räumt sich mehr und mehr, und die noch vorhandenen Mengen zeigen größtenteils in recht bedenklichem Umfang Mängel, sodaß das Material für Futtermittel nicht sonderlich geeignet ist. In weit größerem Umfange als bisher kommen jetzt die anderen Maisarten zur Belieferung der Bezugsscheine, wie besonders Wines-Mais und Galleg-Mais. Der Bedarf stellt ziemlich große Ansprüche, so daß sich die Geschäftslage für diesen Artikel fest gestaltet hat. Bemerkenswert ist, daß der Berliner Magistrat, der während des April keinen Gaser zur Verteilung hatte bekommen können, jetzt wieder so weit Material erhalten hat, daß vom 1. Mai ab 2 Pf. pro Tag und Pferd wieder zur Ausgabe gelangen. Die Verbraucher haben an die Verteiler für den Pentner über 150 M. zu zahlen, während der Landwirt bekanntlich nicht ganz 70 Mark erhält. In Deutschland ist das Geschäft etwas mehr belebt gewesen. Sowjetrußland hat durch Vermittlung von Finnland und Schweden größere Mengen in Ostpreußen lagern der litauischen Weinsaat gekauft.

(Berlin, 30. April. (W. Z.) Das Geschäft gestaltet sich heute angesichts der überaus teilschen Situation wiederum sehr ruhig. Im Zusammenhang mit günstigeren Neuwerker Meldungen stellte sich dann auch noch der anfänglich stärkeren Abschwächung der variablen Werte bereits im Laufe der ersten Geschäftshälfte eine mäßige Erholung ein, jedoch blieb die Tendenz überwiegend schwach. Die ausländischen Zahlungsmittel zogen, abgesehen von Dollars, die wenig veränderbar waren, zum Teil wesentlich an. Dollars wurden weiterhin bis auf 65,62 Mark heraufgesetzt.

(Berlin, 30. April. (Schlachtlehmarkt) Die Zufuhren waren etwas geringer als in der Vorwoche. Das Geschäft war außerordentlich ruhig mit Ausnahme von Schweinen, und der Konsum zurückhaltend. Es waren aufgetrieben: 1363 Rinder, 1602 Kälber, 2667 Schafe, 4817 Schweine, welche wie folgt gehandelt wurden: Rinder mit 3-8, Kälber 4-9, Schafe 3,50-7 und Schweine 10-13 Mark pro Pfund Lebendgewicht.

(Wegen der bekannten ungünstigen Lage im Hochseefischereibetrieb wurden unter teilweiser Abmusterung der Mannschaften in Cuxhaven die ersten zehn Fischdampfer aufgelegt.

(Durch eine demnächst erscheinende Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers werden die von diesem bisher festgesetzten Höchstpreise für Seife, Seifenpulver und Schmierseife aufgehoben.

Aus Stadt und Land.

Ein Mädchenhändler wurde in Berlin festgenommen. In Neudölln versuchte ein Mann zwei junge Mädchen zur Uebernahme einer Stellung in Uibitz zu überreden. Da dem Vater eines Mädchens die Sache aber verdächtig vorkam, benachrichtigte er die Polizei, die den angeblichen Stellenvermittler festnahm. Auf der Wache wurde der Mann als der 28-jährige Schleifer Otto Braun festgestellt, der zugleich mit dem Bordellinhaber Hugo Luisburg in Uibitz in Verbindung zu stehen und ihm die beiden Mädchen habe zuführen wollen.

Grippeübertragung durch Wanzen. In Lothringen tritt zur Zeit die Grippe wieder auf, und zwar diesmal in einer besonders bössartigen Form die bereits zahlreiche Opfer gefordert hat. Insbesondere das Militär wird davon befallen. In den Kasernen von Diebenhofen, Forbach, Saargemünd und St. Avold erscheint die Krankheit in sehr gefährlicher Gestalt und sind schon zahlreiche Todesfälle vorgekommen. Gleiches wird aus dem Innern Frankreichs berichtet. Ärzte haben festgestellt, daß die Seuche sich besonders nach Wanzenstichen bemerkbar macht.

Wagge auf ausländische Luxuswaren. Auf Veranlassung des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr in Dresden fand am Freitag in Leipzig eine Durchsuhung der Luxuswarenengeschäfte und Hotels nach solchen Luxusgegenständen statt, die außerhalb des von der Reichsregierung zugestandenen Einfuhrkontingents eingeführt worden sind.

Letzte Nachrichten.

Die Verbandsregierungen und die Maßnahmen gegen Deutschland.

Paris, 29. April. Havas meldet aus London: Der englische Kriegsminister hat gestern vorgeschlagen, an die deutsche Regierung eine dringende Aufforderung zu richten, mit einer Woche Frist 42 Jahreszahlungen von je zwei Milliarden Goldmark anzunehmen, sowie veränderliche Jahreszahlungen in Höhe von 25 Prozent der deutschen Ausfuhr. Loucheur bekämpfte diese Anregungen. Seine Ausführungen beeinflussten die Engländer auf das lebhafteste. Die Belgier setzten sich für die Aufrechterhaltung der Pariser Bestimmungen ein. Briand wird morgen die Notwendigkeit unverzüglicher Maßnahmen vertreten. Erst in der Folge könnten die Verbandsregierungen einen letzten Schritt der Versöhnung tun, indem sie das vorgeschlagene Ultimatum an Deutschland richteten. Wahrscheinlich wird dieses Vorgehen dann auch zum Schluß angewandt werden.

Verzögerte Entscheidung über Oberschlesien.

Die Entscheidung über Oberschlesien ist, wie man von maßgebender Seite erfährt, von den Alliierten abermals zurückgestellt worden. Man hat den Eindruck, daß von alliierter Seite absichtlich eine Verzögerung herbeigeführt wird, um die Reparationsfrage auf die weitere Entscheidung hinsichtlich Oberschlesiens nicht einwirken zu lassen. Die mehrfach in der Ententepresse gemachte Mitteilung, daß die Alliierten Oberschlesien als Faustpfand für die Reparation zurückbehalten wollen, findet in Berliner politischen Kreisen keinen Glauben.

Amerikas Stellung?

Paris, 1. Mai. Nach einem Kabellegramm der „Chicago Tribune“ aus Washington soll die Regierung der Vereinigten Staaten dem Obersten Rat ernste Einwendungen gegen die wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen in Deutschland übermitteln und erklärt haben, daß sie ihre vermittelnde Tätigkeit auch dann nicht aufgeben werde, wenn die Besetzung durchgeführt werde.

Die Entschliessung Anoz.

Washington, 1. Mai. Der Senat hat die Entschliessung Anoz mit 49 gegen 43 Stimmen angenommen.

Vollschweifische Freiheit.

Wie die „Rote Fahne“ meldet, hat die russische Sowjetregierung eine Anzahl deutscher Staatsangehöriger als Geiseln für den verhafteten Vorsitzenden der Groß-Berliner Organisation der Vereinigten Kommunistischen Partei festnehmen lassen, da er die ihm zur Last gelegten Taten nicht als Privatperson begangen habe, sondern als Kommissar der russischen Regierung (!) ganz bestimmte Aufträge (!) ausgeführt habe, über welche zu urteilen nicht das Amt der deutschen Behörden sei.

Die deutschen Behörden haben also nach der Auffassung der russischen Bolschewisten nicht das Recht, darüber zu urteilen, wenn russische Agenten innerhalb des deutschen Reichs staatsmörderische, blutige Revolutionen anzetteln! Eine unerhörte Freiheit dieser Gewaltmenschen.

Berlin, 30. April. Der „Roten Fahne“ zufolge ist der Kommunist Friesland, auf dessen Verhaftung die russische Sowjetregierung mit der Festnahme deutscher Geiseln geantwortet hatte, wieder aus der Haft entlassen worden.

Fußball - Sport.

Am gestrigen Sonntag vormittag hatte sich die 1. Mannschaft der Fußball-Abteilung des Turnvereins „Freie Turner“ Deuben-Niederbätsch zu einem Gesellschaftsspiel gegen die 2. Mannschaft der Fußball-Abteilung des Turnvereins „Frisch auf“ Dippoldiswalde hier eingefunden. Das ruhige Spiel endete mit 2:6 für Dippoldiswalde.

Der Hermsdorfer Kalk ist der beste und wegen seiner großen Ergiebigkeit der billigste!

Möbel

fabrik Max Trips

Inhaber: Albin Wauer
Dresden-N., Königsbrücker Str. 56

Ausstellung von ca. 250 Musterzimmern in jeder Preislage und für jeden Geschmack.



Gasthof Schmiedeberg.
Seute Montag großer
Jahrmarkts-Ball!

Jugendverein „Seestern“
Paulsdorf und Umgegend.
Dienstag den 3. Mai 1/9 Uhr abends

Monatsversammlung im Gasthof Walter.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet der Vorstand.

Guterhaltener
Rachelofen
mit Zubehör und größerer Pfanne zu kaufen gesucht. Offerten u. „R. 99“ a. die Geschäftsst. erbet.

Zuverlässiges, jüngeres
Hausmädchen
Frau Kaufmann
Riewand.

Ein anständiges
Mädchen
zum Gästebedienen wird für 15. Mai oder 1. Juni bei hohem Lohn gesucht.

Dskar Geißler,
Gasthof Falkenhain.
Guterhaltener
Küchenschrank
zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Bermischtes.

* Neue Zeit. „I pfeif auf Wissenschaft und Literatur — soviel wie die verdien! allweil als Erwerbsloser!“
* Was heißt die. Frankenweine kosten. Die Bayerische Hofkellerei (Staatliche Weingüter) brachte vor einigen Tagen 85 Nummern 1919er und 1920er Naturweine aus Lagen der Gemarkungen Hörstein und Würzburg zum Ausgabot. Die Weine wurden sämtlich zu hohen Preisen glatt angeschlagen. Versteigert wurden sie je zu 1000 Liter, so daß die folgenden Preise sich für die 1000 Liter verstehen, obwohl an sich die Fässer Halbfuder waren. Es kostete 1919er 22 800 bis 54 000 M., Stein-Ständerbühl, Gewürztraminer 52 200 M., Stein, Riesling (Auslese) 55 100 M., durchschnittlich 43 723 M. je 1000 Liter; 1920er 41 100 bis 64 700 M., Pfälzen, Riesling (Auslese) 82 500 M., Lämmerberg, Riesling (Auslese) 82 500 M., Lämmerberg (Auslese) 90 100 M., Pfälzen, Riesling (Beerenauslese) 102 400 M., Teufelskeller (Beerenauslese) 160 200 M., durchschnittlich 70 450 M. je 1000 Liter. Gesamtergebnis rund 2 330 000 M. ohne Faß.

Ab heute stellen wir einen Transport

Wagen- und Arbeitspferde



der Oldenburger und holländischen Rasse äußerst preiswert zum Verkauf. Vorher einzelnen Pferden und Einspannern befinden sich darunter einige ganz gleiche Paare.

Hainsbergi. Sa. Emil Kästner & Co.
Fernruf Deuben 296.

Große neue Vollheringe

1 Pfd. 1. — M. (durchschnittlich 1 Stück 50 Pf.).
Leberwurst in 2-Pfd.-Dosen,
Rindfleisch in 2-Pfd.-Dosen u. Speck (nicht tranig)
wieder eingetroffen bei

Otto Feller.

Ein fleißiges, zuverlässiges, kinderliebendes

Hausmädchen

wird für 15. Mai gesucht von Frau Elisabeth Reichel, Gartenstr. 257 C.

Dachpappe,

Deckenzohr, Nögel, Sennen, Dangelhammer, Dangelamböhen, Wehsteine, Sichen, Spaten, Hacken empfiehlt billigst
Carl Syner.

Reinweißes, gar. rein M. 12.50
Zerpentinöl franz. „ 17.50
Zerpentinöldeutsch „ 11.50
Blauweiß, rein i. Del „ 14. —
Bernsteinöl „ 27.50
Deilsäbe, streichfertig „ 15. —
Preise für je 1 kg. Bessere Ritt, alle Farben u. Lade Com. Elemon, Dresden-N. 1, Freiburger St. 14.

Bittentarten C. Jehne

Sängerchor des Militärvereins.

Gemischter Chor am 3. 5. fällt aus Männerchor am 3. 5. hat Singstunde der veringten Gesangsvereine in „Stadt Dresden“. Erst einen aller ist Ehrenpflicht. Diensta: den 10. 5. Singstunde gem. Chor 1/28 Uhr, Männerchor 1/29 Uhr im Vereinslokal.
D. B.

10—15 000 M

gegen Sicherheit sofort zu leihen gesucht auf die Zeit von 1/2 Jahr. Offerten u. „E. B. 50“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Wanzen!

Größe! Angeleitet! tötet radikal „Discret“. Zu hab. b. Herrn Sommerhoff, Drog. & Elefant, Dippoldiswalde u. Dr. Herrmann, Drog. & Kreuz, Schmiedebg.

Eine gebrauchte, guterhaltene

Waschkommode

zu kaufen gesucht. Ang. unter „R. 99“ an die Geschäftsstelle.

Elisabeth Klemm
Oskar Seewald

grüßen als Verlobte

Obercarsdorf Mai 1921 Bärenfels

Mittwoch, 4. Mai, 8 1/2 Uhr in „Stadt Dresden“

2. öffentlicher Leseabend

über Ernst Zahn
aus bisher noch ungedruckten vom Dichter selbst zum Vortrag überlieferten Werken. Eintrittskarten bei Kästner am Markt.

Turnverein Dippoldiswalde (D. T.)

Nächsten Sonntag den 8. Mai

Naturturnen

bestehend in Geräte-turnen für alle Abteilungen am Vormittag, Ausgug, Schauturnen und Spiele aller Abteilungen am Nachmittags-Abends: Ball im Schützenhaus mit verschiedenen Vorführungen. (Näheres wird noch bekanntgegeben)

Alle unsere B reinsangehörigen, passiven Mitglieder und wertere Angehörige sind hierzu herzlich eingeladen. Etwas benötigte Einladungskarten bitten wir bei unserem Schriftführer, Herrn Buchdruckermeister Felix Jehne zu entnehmen. Der Turnrat.

8 Ztr. Votos-Saattartoffeln

verkauft Flemming.

Am 30. April verschied nach Gottes unerforschlichem Rathschluß unser liebes, herzengutes Kind

Elfriede

im Alter von 3 Jahren, 3 Monaten nach nur zweitägigem Krankenlager.

Im tiefsten Schmerze:
Familie Ledwig, Dippoldiswalde,
Badergasse 37.

Unlern herzlichsten Dank für die innige Teilnahme beim Heimgehe unserer lieben Mutter bitten wir hierdurch entgegenzunehmen zu wollen.

Dippoldiswalde.

Rudolf Unger und Frau.

1. G.
2. B.
3. B.

ist die unterridliches

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

„Werde ich nun geköpft oder werde ich ins Buchhaus gesperrt?“ Das ist die peinliche Frage, die der arme Sünder in seinem Kopfe wälzt, wenn nach dem Todesurteil über die Begnadigung verhandelt wird. Ein ähnliches Hängen und Wanken in schwebender Pein macht jetzt Deutschland durch. Noch immer keine Entscheidung!

Und die Aussichten? Wie beim Aprilwetter! Erst sah es so aus, als ob die deutschen Vorschläge zur Güte einen günstigen Eindruck machten, sowohl in Nordamerika, wie in England und bei den Neutralen. Dann zog von Paris her eine dunkle Wolke auf. Das Barometer sank auf „Unannehmbar“.

Zum Vorabend der Walpurgisnacht hat der Oberste Rat der Entente seine Schlussfugung anbeirathet. Bei diesen Zusammenkünften ist bisher noch der französische Pfeife getanzet worden. Soll es diesmal zu einem Verständigungswalzer kommen, so muß Nordamerika den Taktstock ergreifen. Was wird Präsident Harding tun? Bis zu diesem Augenblick ist er Briefträger geblieben und noch nicht Schiedsrichter geworden.

Hat denn Deutschland durch seine Opferwilligkeit gar nichts erreicht? Etwas doch! Räumlich erstens einen Aufschwung und zweitens eine Ausbesserung der Weltmeinung. Der geflüstert verbreitete Verdacht, daß Deutschland überhaupt keinen guten Willen habe, hat einen empfindlichen Stoß erhalten. Ueberwunden ist die Lüge freilich noch nicht, aber doch erschüttert. Es fragt sich nur, ob Deutschland so lange am Leben bleiben kann, bis die Wahrheit sich Bahn gebrochen hat.

Das „Unannehmbar“ von Paris war zu erwarten, denn die Franzosen hielten so tief in dem Jermahn, daß sie die Wirklichkeit überhaupt nicht sehen können. Die Masse der Franzosen glaubt fest und tief, daß die bösen Hohen alles bezahlen können und bezahlen müssen, was die Sieger nach Belieben auf die Rechnung setzen. Und die gegenwärtigen Machthaber in Paris betrachten das Geld überhaupt als Nebensache. Sie wollen das Ruhegebiet haben und womöglich noch etwas dazu. Deutschland soll nicht bloß zahlen, sondern es soll verbluten, zerfallen, verderben. Diese Gewaltmenschen denken ähnlich, wie der Rube Shylock in Shakespeares „Kaufmann von Venedig“.

Der Mann hatte sich in einem Vertrag nach Versailles Muster verschreiben lassen, daß er seinem Schuldner ein Pfund Fleisch aus dem Leibe schneiden dürfe, wenn er nicht rechtzeitig zahle. Als die Frist um war, wollte er nicht das Geld haben, sondern, statt dessen sein Pfund Fleisch, um den verhassten Schuldner zu vernichten. Shylock läßt einen klugen Richter auftreten, der diese Sanktion im letzten Augenblick verhindert. Wird Präsident Harding dem politischen Shylock das Messer aus der Hand nehmen? Das ist noch ungewiß; aber sicher ist, daß die gegenwärtigen Machthaber von Paris jedes deutsche Angebot, mag es noch so schön sein, für unannehmbar erklären werden. Wenn wir heute erklärten, wir wollten über den ganzen Hund springen, den sie uns gestern vorgeführt hätten, so würde morgen die Reparationskommission den Hund noch mit einem Schwanz versehen haben, auf dem wir hängen bleiben müßten. Die Welt kann nicht zum Frieden und zur Erlösung kommen, wenn nicht die vernünftigeren Genossen den französischen Kampfshähnen Halt gebieten.

Dat das deutsche Volk den bitteren Ernst der Lage begriffen? Einige meinen, in weiten Kreisen des Publikums herrsche eine fatalistische Gemütsruhe, wie man sie sonst nur bei den Orientalen gewöhnt sei, — als ob die Sache nur die regierenden Herrschaften angehe. Andere ärgern sich darüber, daß im Reichstage die Linke und die Rechte sich stürmisch zanken wegen aller Kamellen, während der Gerichtsvollzieher mit den Bandarmen vor der Tür steht, um das letzte Familiengut in die Pfandkammer zu schleppen.

Wer den Ehrgeiz verspürt, Minister oder Volksvertreter zu werden, der warte lieber noch etwas; zurzeit ist das wahrlich kein Vergnügen.

Besser haben es die Straßenbahner in Berlin. Die stellen am 1. Mai jede Arbeit ein, auch den sonst üblichen Sonntagsdienst. Das Publikum mag zu Fuß in die Matscher schleichen und unterwegs nachdenken über die „Brüderlichkeit“ in der modernen Welt.

Das Reichsschulgesetz.

Gemeinschaftsschulen, Bekenntnisschulen und bekenntnisfreie Schulen.

Das so sehnlich erwartete Reichsschulgesetz, das für den Streit um die konfessionelle oder weltliche Schule endlich die gesetzliche Regelung bringen soll, ist jetzt dem Reichstag als Regierungsentwurf zugegangen. Das Gesetz soll, wie ausdrücklich in der Begründung gesagt wird, ein Rahmengesetz sein, es will von Reichswegen die Richtlinien festsetzen, nach denen die Länder ihre Schulgesetzgebung einheitlich ausbauen haben.

Das Gesetz kennt folgende Schularten:

1. Gemeinschaftsschulen,
2. Bekenntnisschulen und
3. Bekenntnisfreie Schulen, und zwar
 - a) weltliche Schulen und
 - b) Weltanschauungsschulen.

Die Gemeinschaftsschule

Ist die für alle gemeinsame Schule, die Religionsunterricht in mindestens einem Bekenntnis als ordentliches Lehrfach enthält. In den meisten Ländern

pflegte man diese Schulart bisher als Simultanschule zu bezeichnen. Sie ist grundsätzlich Schülern aller Bekenntnisse offen. Für Schüler von Bekenntnissen, für die kein Religionsunterricht gegeben wird, soll privater Unterricht ermöglicht werden. Für die Lehrer ist kein Bekenntnis vorgeschrieben, mit Ausnahme selbstverständlich für den Religionsunterricht. Die Gemeinschaftsschule soll die Regelschule sein.

Die Bekenntnisschule

Ist grundsätzlich für Schüler eines der durch öffentlich rechtliche Körperschaften (Religionsgemeinschaften) vertretenen religiösen Bekenntnisse bestimmt. Es gibt also katholische, evangelische und jüdische Bekenntnisschulen. Die Lehrer der Schule müssen dem betr. Bekenntnis angehören, Religionsgebäude des Bekenntnisses sind zulässig. Der Lehrplan muß dem allgemeinen Lehrplan entsprechen, doch können bestimmte Lehrbücher (Befehlshaber z. B.) der Eigenart des Bekenntnisses angepaßt werden.

Die bekenntnisfreien Schulen

Sind die Volksschulen, die keinen Religionsunterricht erteilen. Der Entwurf kennt hier weltliche und Weltanschauungsschulen. Die weltliche Schule ist für alle Schüler offen, und an ihr können Lehrer jeden Bekenntnisses und jeder Weltanschauung angestellt werden. Schulen einer Weltanschauung, die von einer Vereinigung (s. Art. 137 der Reichsverfassung) gemeinschaftlich gepflegt wird, können eingerichtet werden, wenn diese Vereinigung die Rechte einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft besitzt.

Einzel- und Ausführungsbestimmungen

werden den Ländern überlassen, da das Reichsgesetz ein Rahmengesetz ist. Es trifft nur noch einige Bestimmungen über Anträge zur Errichtung neuer Schulen, die eine zu große Zersplitterung des Schulwesens und die Einrichtung leistungsunfähiger Hwerghausen verhindern wollen, andererseits aber auch Mindeberheiten die Möglichkeit geben wollen, die Schule nach ihren Wünschen zu erhalten.

Die neue Fernsprechornung.

Ersetzung der Pauschgebühren durch Gesprächsgebühren.

Die neue Fernsprechornung ist jetzt vom Reichspostministerium im Entwurf fertiggestellt und dem Kabinett zugeleitet worden. Unter Aufhebung der bisherigen Pauschgebühren ist eine Einrichtungsgebühr vorgesehen, eine Gebühr für die Vergabe und Unterhaltung der Leitungen und Apparate und eine Gebühr von 25 Pfennig für die Vermittlung jedes einzelnen Gesprächs.

Die Einrichtungsgebühr wird mit zwei Dritteln der wirklichen Kosten für einen Hauptanschluß 200 Mark, für eine Nebenstelle 100 Mark betragen. Die Grundgebühr bleibt bei kleineren Netzen bis zu 100 Anschlüssen unter den Selbstkosten; sie ist gestaffelt in Stufen von je 40 Mark. In Netzen über 100 Teilnehmern steigt sich die Grundgebühr um 60 Mark.

Die Vermittlungsämter werden mit elektro-magnetischen Gesprächszählern ausgerüstet. Für Fehler in der Abrechnung werden in Netzen bis zu 1000 Anschlüssen 3 Prozent, bis zu 10000 Anschlüssen 4 Prozent und darüber 5 Prozent der gezahlten Gesprächsgebühr berechnet. Wenn ein Teilnehmer auf seinem Apparat in abgehender und ankommender Richtung mehr als 16000 Gespräche jährlich führt, hat die Postverwaltung das Recht, die Anlage eines zweiten Apparates zu fordern, oder im Weigerungsfalle den Anschluß zu kündigen.

In allen Verbindungsämtern von 1000 Teilnehmern an wird ein ununterbrochener Dienst eingerichtet. Dafür wird von jedem Anschluß eine Gebühr von 20 Mark erhoben. Die Gebühren für Nachtgespräche werden aufgehoben. Im Wortverkehr wird innerhalb einer 5 Kilometer-Zone die Gesprächsvermittlung ebenfalls nur 25 Pfg. kosten. Der sogenannte Nachbarortverkehr wird nach den Gebühren des Fernverkehrs berechnet. In dem Fern-Tarif wird dafür eine neue Fern-Zone von 15 Kilometern geschaffen. Im Fernverkehr endlich wird der Tarif für Verbindungen über 100 Kilometer hinaus feiner gestaffelt werden.

Aus Stadt und Land.

Mörder und Kommunisten. In Gelsenkirchen hat die Kriminalpolizei den Arbeiter Meißler aus Reddinghausen verhaftet, der gemeinsam mit dem Arbeiter Klemens Budde aus Reddinghausen am 4. April in Sande bei Baderborn ein einjam gelegenes Geschäft überfallen und ausgeraubt hat. Der Verhaftete, bei dem viele falsche Papiere vorgefunden wurden, erklärte, diese seien ihm durch die kommunistische Betriebsrätezentrale in Berlin, an die er von Gelsenkirchen verwiesen worden sei, übermittelt worden. Auffällig ist, daß Anfang April ein Tschekoslowake festgenommen wurde, der sich im Besitz von Papieren des Meißler befand und ebenfalls die Erklärung abgegeben hat, daß die Ergänzung der Papiere durch die kommunistische Betriebszentrale erfolgt sei.

Waldbrand in Anhalt. In der Wöhlauer Heide gerieten Donnerstag große Waldbestände des Forstortes Sollnitz in Brand. Die zum Himmel steigenden gewaltigen schwarzen Rauchschwaden waren meilenweit zu sehen. Die Dessauer staatliche Ordnungspolizei rückte in Automobilen an die Brandstätte. Große Waldbestände sind bereits vernichtet und gefährdet sind noch in Gefahr, dem Brande anheim zu fallen. Später wurden auch Truppen des Reichwehregiments 12 in Lastautomobilen an die Brandstätte gefahren.

Viel Hochwild ist verbrannt. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Frau und Tochter erschlagen. Der Stellmacher Paul Hahn aus Jauer schlug seiner Ehefrau und seiner 16-jährigen Tochter mit einem Infanterieleitengewehr die Schädelbecken ein und versuchte sich hierauf mit Gas zu vergiften. Hausbewohner konnten den Täter jedoch ins Leben zurückrufen und ihn verhaften lassen.

Ein Gemeindevorsteher als Zuckerschleber. Die Schutzpolizei ist einer großen Zuckerschlebung auf die Spur gekommen. Bei einer Hausdurchsuchung in der elterlichen Wohnung des Assistenten Puhmann in Sande wurden 285 Pfund Zucker gefunden worden. Puhmann, der auf einem Gemeindebureau in der Nachbarschaft beschäftigt war, hatte sich dort die zurückgebrachten Zuckermarken angeeignet und dafür in Hettstedt Zucker gekauft.

Von einem Elefanten totgequetscht. Der Stallmeister Philadelphia, ein alter bewährter Dompteur und Mitarbeiter Hagendorns, der jetzt im Circus Stosch-Sarassani in Berlin tätig war, wurde Mittwochabend, als er den Elefantenstall betrat, von einem Elefanten an die Wand gedrückt und erlitt schwere innere Verletzungen, an deren Folgen er Donnerstag starb. Während desselben Abends stürzte in dem gleichen Circus der Artist Sperling von einem 15 Meter hohen Gerüst, auf dem er das Rad des Schleifenfahrens hielt, in die Manege hinab. Er trug einen Schädelbruch davon und mußte sofort nach einem Krankenhaus geschafft werden. In seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Gerichtssaal.

Welche Gerichtssprache hat man in Deutschland?

Ein Major a. D. v. Tegenst hatte in Berlin den belgischen Soldaten Emet vor dem Continental-Hotel gestellt und ihn „Cochon“ (Schwein) genannt. Der Major hatte sich über die rasend schnelle Fahrt eines Ententeautos geärgert, wodurch er beinahe zu Schaden gekommen wäre. In dem Soldaten Emet glaubte er den betreffenden Chauffeur zu erkennen. Der französische General Kollat als Chef der Berliner Entente-Kommissionen stellte Strafantrag wegen Beleidigung seines Untergebenen. Das Schöffengericht Berlin-Mitte sprach den Angeklagten frei, weil der Strafantrag in französischer Sprache gestellt war, die Gerichtssprache in Deutschland aber immer noch deutsch ist. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt, also der Vertreter der deutschen Justizbehörde, Berufung ein! Die Strafkammer sprach den Angeklagten gleichfalls frei, weil die Verurteilung des Strafantrags Kollat zum Stellen des Strafantrages nicht erwiesen sei. Abermals legte der Staatsanwalt Berufung ein! Der Kammergericht lag diesmal ein Schreiben der Entente-Kommission vor, daß Kollat Seniorchef der Entente-Kommissionen sei, also zum Stellen des Strafantrags berechtigt sei. Diesmal war das Schreiben englisch abgefaßt. Aber die dauernde Unerschämtheit der Entente-Kommission imponierte wohl den deutschen Richtern, denn das Kammergericht beschloß, trotzdem nach dem Antrage des Staatsanwalts die Beweisverfälschung! Das Schöffengericht hatte demnach Unrecht, wenn es annahm, daß in Deutschland die Gerichtssprache deutsch sei. Für Ententeoffiziere ist sie, wie wir sehen, französisch oder englisch.

Strafaußschieß bei Sondergerichten. Ein neuer Erlass des Reichspräsidenten ermächtigt die außerordentlichen Gerichte, die Vollstreckung von Freiheitsstrafen bis zur Dauer von sechs Monaten unter Bestimmung einer Bewährungsfrist auszuüben und Freiheitsstrafen nach Ablauf dieser Bewährungsfrist zu erlassen. Nach Beendigung der Tätigkeit eines außerordentlichen Gerichts kann dieses Recht vom Reichsjustizminister mit Zustimmung der zuständigen Landesjustizverwaltung auf die ordentlichen Gerichte übertragen werden. Zur beschleunigten Durchführung dieses Erlasses hat der Reichsminister der Justiz die erforderlichen Anweisungen an die Vorsitzenden der außerordentlichen Gerichte gegeben.

Soziales.

Die Erwerbslosenzahl im März hat diesmal — so wird amtlich mitgeteilt — nicht wie in den anderen Jahren im Monat März nennenswert abgenommen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt — gegenüber 428 600 im Februar — 417 000, darunter 337 000 männliche und mehr als 80 000 weibliche. Entsprechend dem Umstand, daß die geringe Abnahme diesmal ausschließlich bei der männlichen Hauptunterstützungsempfängern eingetreten ist, hat auch eine Abnahme der Zuschlagsempfänger (Familienangehörige) stattgefunden, und zwar von 495 000 auf 470 000. Aus den angeführten Zahlen ergeben sich sehr ungünstige Rückschlüsse auf die Gesamtarbeitslage, und leider ist — im Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung — eine durchgreifende Besserung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Produktive Erwerbslosenfürsorge durch die Post. Um der zunehmenden Arbeitslosigkeit zu steuern, hat der Reichspostminister die Ober-Postdirektionen beauftragt, die für das Rechnungsjahr 1921 geplante größeren Veränderungen an den Telegraphenlinien mit größter Eile in Angriff zu nehmen. In erster Linie kommen hierfür Fernlandlinien und die Auslegung von Kabeln in Betracht, weil bei diesen Arbeiten auch ungelernete Arbeiter beschäftigt werden können. Die Ober-Postdirektionen sollen ferner auch solche Anlagen, die aus Mangel an Arbeitskräften

Rechnungsjahre 1920 nicht mehr vollendet werden konnten, obwohl Zementformstücke, Kabel usw. bereits beschafft waren, nunmehr ohne Verzögerung hergestellt, sowie solche Anlagen, die erst für einen späteren Teil des Rechnungsjahres 1921 in Aussicht genommen waren, soweit möglich, schon jetzt ausführen.

Verlängerung der Kündigungsbestimmung von Schwerbeschädigten. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Bisher ist die Auffassung verbreitet, die Bestimmung des Schwerbeschädigtengesetzes vom 6. April 1920, nach der zu Kündigungen Schwerbeschädigter die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle erforderlich ist, werde mit dem 30. April 1921 außer Kraft treten. Diese Auffassung ist irrig; eine weitere Verlängerung durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers wird noch in diesem Monat erfolgen.

Die deutsche Studentenhilfe. Vor einigen Tagen hat in der Aussprachengemeinschaft aller an der Studentischen Fürsorge interessierten Organisationen, die auf Antrag des Deutschen Zentralschulrates für die Auslandshilfe am 4. März d. J. auf der Dresdener Tagung der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft begründet worden ist, die erste Besprechung über die Studentenfürsorge stattgefunden. Es wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, um den Studierenden eine Erwerbsmöglichkeit an Banken zu gewährleisten, um Studentinnen ein Unterkommen im Haushalt zu ermöglichen und für alle Studenten, die daran Interesse zeigen, billige Kurse in Stenographie, Schreibmaschine und Buchführung zu ermöglichen. Die einzelnen Fragen werden durch ein Unterkomitee gelöst werden.

Sport und Verkehr.

Eine neue Schifffahrtslinie. Der Brasilianische Lloyd wird zwischen Brasilien, Portugal, Nordfrankreich, Belgien und Deutschland eine neue Schifffahrtslinie für Passagier- und Frachtverkehr einrichten.

Die Verkehrsverfälschung am Rhein. Nach der kurzen Besserung der Verkehrsfrage am zweiten Jolltage haben sich die Verhältnisse im besetzten Gebiet wieder verschlechtert. Auf dem Güterbahnsteig Serendorf bei Düsseldorf warten über 300 Waggons im Mainzer Bezirk gegen 100 Güterzüge auf Verladung. Auf allen Jollstationen herrscht die größte Verwirrung, da sich weder die fremden noch die deutschen Jollbeamten in den Bestimmungen mehr auskennen und die vorhandenen Anlagen unzureichend sind. Seitens der Eisenbahndirektionen wurden weitere Beschränkungen des Güterverkehrs angeordnet. Der Bahnhof von Worms ist für den Empfang von Gütern aus dem unbesetzten Gebiet vorläufig gesperrt. Aus dem gleichen Grunde steht sich die Güterabfertigung in Mannheim gezwungen, bekannt zu geben, daß Güter- und Frachtgutverladungen in der Richtung Worms-Bischofsheim bei Mainz bis auf weiteres nicht mehr angenommen werden. Im Mainzer Bezirk ist die Zahl der unabgefertigten Waggons auf 5000 angewachsen. Im pfälzischen, badischen und hessischen Güterverkehr nimmt die Verstopfung zu.

Kasler gibt den Kampf auf. Schachweltmeister Dr. Kasler ist, wie aus Havanna gemeldet wird, plötzlich erkrankt. Die 15. Partie des Kampfes um die Schachweltmeisterschaft mußte daher aufgegeben werden. Als sie schließlich doch gespielt wurde, gab Kasler noch vor Ende der Partie den Kampf ganz auf und erklärte sich für besiegt. Er erklärte, er habe so unter der Hitze in Havanna zu leiden gehabt, daß er nicht imstande gewesen sei, seine volle Aufmerksamkeit dem Spiel zuzuwenden. Nach dem ursprünglichen Plan hätten noch neun Partien gespielt werden sollen. Der Schlußstand des Kampfes ist Capablanca 5, Kasler 0, remis 10. Der junge Kubaner führt nun den Weltmeistertitel unbesritten.

Volkswirtschaftliches.

Einfuhr von Kartoffeln. Durch eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft wird, wie die „N. D. Z.“ meldet, die Einfuhr von Kartoffeln mit Ausnahme der Frühkartoffeln freigegeben. Vom Tage der Veröffentlichung der Bekanntmachung ab bedarf es daher einer besonderen Einfuhrbewilligung für Kartoffeln, mit Ausnahme der Frühkartoffeln, nicht mehr. Durch die gleiche Verordnung wird die Einfuhr von Frühkartoffeln vom 15. Mai 1921 ab freigegeben.

Lebensmittelpreise in Bayern. Im rechtsrheinischen Bayern tritt am 1. Mai eine Bekanntmachung des Staatsministeriums für Landwirtschaft über die Preisfestsetzung von Milch, Butter und Käse in Kraft. Der Erzeugergrundpreis für einen Liter Milch beträgt danach 1 Mark 30 Pf. Für ein Pfund Butter 12,50 Mark beim Verkauf durch den Hersteller und 13,50 Mark bei Abgabe an den Kommunalverband, während der Kleinhandelspreis für Butter 14,50 Mark beträgt.

Keine Vorauszahlungen von Abnehmern im besetzten Gebiet. Zahlreiche Vertreter des Einzelhandelsverbandes für Rheinland und Westfalen haben eine Entscheidung angenommen, in der sie mit Entschiedenheit davon Kenntnis nehmen, daß trotz der wiederholt ausgesprochenen Mahnung von den Abnehmern im besetzten Gebiet keine Vorauszahlungen zu verlangen, immer noch einzelne Firmen und Lieferanten diese ungerechte Forderung aufstellen. Der Einzelhandelsverband für Rheinland und Westfalen richtet an alle Lieferanten und Fabrikanten im unbesetzten Gebiet die dringende Bitte, solche Forderungen, die den Handelsverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet erschweren, zu unterlassen.

Die Möglichkeit der Enteignung ausländischer Wertpapiere. Falls in Ausführung des deutschen Angebots an die Alliierten die Enteignung ausländischer Wertpapiere aus deutschem Privatbesitz erforderlich werden sollte, beabsichtigt die Reichsfinanzverwaltung den Besitzern der Werte — in gleicher Weise wie dies bei den auf Grund der Bekanntmachung vom 26. März 1919 dem Reich überlassenen Aktien geschieht — den bei der Veräußerung der

Werte erzielten Nettoerlös zu vergüten und sofort bei Ablieferung der Papiere eine angemessene Abschlagszahlung zu leisten. Für eine Enteignung würden gegebenenfalls voraussichtlich überhaupt nur fest vergütliche Wertpapiere mit Ausnahme österreichischer, ungarischer und russischer in Frage kommen.

Die bayerische Regierung und die Papierpreise. Im bayerischen Landtag erklärte der Handelsminister Hamm anlässlich der Besprechung der Interpellationen, welche sich gegen die neuerdings bedeutende Erhöhung der Zeitungspapierpreise richten, die bayerische Regierung erkenne die Existenz einer unabhängigen Presse als eine staatspolitische Notwendigkeit an. Sie würde es als einen schweren Schaden für unser öffentliches Leben erachten, wenn die unabhängige Presse, namentlich auch die mittlere und kleine Parteipresse, in ihrem Bestande gefährdet würde. Es sei richtig, daß die Kartelle und Verbände die Preise nicht selten über das angemessene Maß hinaus erhöhten. In Bayern werde gegenwärtig eine Nachprüfung der Papierfabriken durchgeführt, um festzustellen, ob die Herstellungskosten wirklich einen Preis von 3,80 Mark für das Kgr. bedingten.

Buchdrucker und Rechtschreibung. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer macht auf folgendes aufmerksam: Vor kurzem hat wieder eine Sitzung des Unterausschusses für die Rechtschreibänderung stattgefunden. Den Teilnehmern ist strengstes Schweigebot aufgelegt worden. Beschlüsse sind die Aenderung der Rechtschreibung, Fortfall der Doppelpunkttaute, des Dehnungs-h, des e in ie; wo indes ein Doppelsinn entstehen könnte, kann in alter Weise weitergeschrieben werden. Weiter Fortfall des ai, z und h, Vereinfachung der Trennungsregeln usw. Die Buchdrucker werden der Durchführung dieser Vorschläge den stärksten Widerstand entgegenzusetzen und richten an den Verantwortlichen für diese unverantwortliche Dunkelkammerarbeit nochmals die Anfrage, ob es denn gegenwärtig nicht wichtiger Dinge im Reichsamt des Innern zu tun gibt, als die Aenderung der deutschen Rechtschreibregeln? Wo wähten Wichtigeres zu tun. — Wir auch.

Die freien Gewerkschaften gegen die Ueberwachungen. Die Urabstimmung unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften des Ruhrgebietes über das Angebot der Arbeitgeber des Steinkohlenbergbaues vom 12./13. April hat ergeben, daß eine überaus große Mehrheit der Mitglieder gegen die Leistung der weiteren Ueberarbeit ist. Das Angebot der Arbeitgeber wurde damit abgelehnt.

Totales.

Vom 1. Juni ab besseres Bier. Von zuständiger Seite erfährt man: Bisher durften die Brauereien nur Einfuhr- und Vollbier mit einem Stammwürzegehalt von 8 v. H. herstellen. Durch Verordnung vom 23. April 1921 wird den Brauereien gestattet, vom 1. Juni 1921 ab Vollbier mit einem Stammwürzegehalt von über 8 v. H. bis zur Höchstmenge von 25 v. H. des von ihnen in der Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 30. September 1921 im Inlande insgesamt abgesetzten Bieres herzustellen. Diese Maßnahme erwies sich als notwendig, weil auf Grund des Friedensvertrages nicht unbedeutliche Mengen ausländisches Bier nach Deutschland hereingelassen werden müssen. Da dieses Bier weit stärker als das bisher in Deutschland zulässige Bier eingebraut ist, erwuchs den inländischen Brauereien eine Konkurrenz, die sie wirtschaftlich schwer gefährdete. Es tritt indessen bei uns keine Erhöhung des Malzkontingents ein, es wird also auch nicht mehr Gerste verwendet, als für die Brauereien für dieses Wirtschaftsjahr ohnehin vorgesehen war.

Provision. Dies Wort hat sich seit den harten Kriegsjahren auch in das deutsche bürgerliche Leben eingeschlichen, wo es früher nur wenig bekannt war. Heute ist es aber oben auf und spielt eine größere Rolle, als viele denken. Gefälligkeiten unter guten Bekannten und Freundschaftsbedienen sind zwar Gott sei Dank nicht ganz verschwunden, aber die Notwendigkeit, Geld zu verdienen, die für viele besteht, hat dazu geführt, Provision zu fordern und zu gewähren. Bei vorteilhaften Beförderungen aller Art, bei Zuweisung von Ämtern für die Bekämpfung von Gegenständen, bei Vermittlung von Dienstpersonal, von Wohngelassen, bei Lebensmittelbeschaffungen, die nicht so ohne weiteres zu bewirken sind, und sonst noch bei vielen anderen Gelegenheiten, z. B. auch bei Zuweisung von Kästen für Sommerfrischen, gibt es Provision, die zuweilen ziemlich erheblich ist. Es ist ein Zug der Zeit, der erklärlich ist, wenn es auch früher schon war, wo „gute Freunde und treue Nachbarn“ stets ohne Provision zu haben waren.

Scherz und Ernst.

Gedenktage im Mai.

In diesen Mai fällt ein fünfzigjähriges Jubiläum, das des Friedens zu Frankfurt a. M. Wie entgegenkommend Deutschland 1871 gegen Frankreich war, das ist heute vergessen. Was wollen die 5 Milliarden Mark von damals gegen die 200 Milliarden Goldmark (2400 Milliarden Papiermark), die wir heute anbieten, bedeuten? Auf Anerkennung und Persönlichkeit ist nicht zu rechnen, das haben wir genügend erkannt. Weiter bringt dieser Mai ein hundertjähriges Jubiläum, den Todestag des ersten französischen Kaisers Napoleon, den die Engländer 1815 nach der Schlacht bei Belle-Alliance nach der Insel Helena gebracht hatten. Der Mann, der halb Europa bezwungen hatte, starb auf dem einsamen Felsenland. Die Franzosen haben dieses Verhalten der Engländer lange nicht vergessen können. Wer weiß, was aus ihrer Entente in Zukunft wird?

Epithen.

Nomina von Paul Huber.
(68. Fortsetzung.)

Wie sehr war Quintus mit dem Verlaufe der Sache sehr zufrieden. Der Fürst hatte augenscheinlich auf die Beschworenen den denkbar günstigsten Eindruck hervorzurufen. Die beiden lächelnden Romanen, Hertha

und Saja, hatte Quintus selbst nahezu unerschütterlich gemacht. Er schaute nur noch wild. Er nahm sich vor, den unbehaglichen Zeugen im Sturm auf den Hausen zu rennen und von dem Buchhändler nun mit souveräner Verachtung, als von einem durch und durch verlogenen und ungläubwürdigen Wicht zu sprechen.

Aber Wildide bereitete ihm, bereitete allen die stärkste Ueberraschung!

Als Wildide den Justizrat Quintus erblickte, seinen alten, eifrigen Verteidiger, der ihm in einer früheren Sache ungeliebt seine Zeit und seine Arbeitskraft geopfert hatte, lächelte er vergnügt und nicht ihm freundlich zu. Der Justizrat war die einzige Persönlichkeit im Saale, die ihm sympathisch war, alle anderen waren ihm gleichgültig. Und da regte sich in dem verstockten Sänder ein wunderliches Gefühl von Dankbarkeit für den einen und von häßlichem Verlangen, den anderen Pöffen zu spielen, das nun seine Haltung bestimmte.

Der schlaue Wildide, der den Fürsten als Zeugen bei dem Einbruchprozesse gesehen hatte, der wußte, daß dieser Herr jene von Berta bezeichnete Persönlichkeit war, die ihrer Herrin geheime Besuche machte, der nun den Fürsten auf der Anklagebank erblickte und vor diesem den Justizrat Quintus, seinen bewährten Freund, über sich die Situation mit einem Blicke. Er blinzelte dem Verteidiger zu, als wolle er ihm sagen: „Heute zahle ich meine Schuld! Deinen Freund wollen wir schon herauspauken. Was schadet's mir?“ Der Präsident ermahnte Wildide eindringlich, streng bei der Wahrheit zu bleiben.

Wildide machte ein möglichst treuherziges Gesicht und versprach es.

„Sie haben sich in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember an dem von Gott verübten Einbruch im Jenedischen Palais beteiligt. Sie sind damals in den Wilhelmstraße gewesen und haben die Sachen, die Ihnen Gott durch Fenster reichte, an sich genommen?“

„Jawohl, Herr Präsident.“

„Es sind nun auch Spuren im Schnee des Parks gesehen worden. Sie haben es bisher sowohl in der Voruntersuchung gegen Sie, wie in der Verhandlung, wie auch bei Ihren neuerlichen Verhören beständig mit großer Beharrlichkeit in Abrede gestellt, daß Sie damals im Park gewesen seien, und fest behauptet, daß diese damals beobachteten Fußspuren im Schnee nicht von Ihnen hergerührt hätten. Bleiben Sie bei diesen Behauptungen stehen?“

„Nein, Herr Präsident!“ antwortete Wildide laut. Diese völlig unerwartete Vernehmung brachte eine tiefe Wirkung auf alle hervor.

Ein Summen und Surren ging durch den ganzen Saal, der Staatsanwalt schnellte von seinem Sitze empor. Quintus, der sich gerade Notizen machte, ließ die Feder fallen und blickte erstaunt auf.

„Sie scheinen mich nicht recht verstanden zu haben,“ bemerkte der Präsident. Und langsam und gemessen, mit scharfer Betonung der wichtigsten Worte, fuhr er fort: „Ich frage Sie, ob Sie damals nur in der Wilhelmstraße gewesen sind, wie Sie bis jetzt stets behauptet haben, oder ob Sie auch im Park gewesen sind, was Sie bis jetzt stets in Abrede gestellt haben? Also noch einmal.“

„Ich habe Sie schon verstanden, Herr Präsident!“ fiel Wildide ein. „Also: Ich bin damals in der Wilhelmstraße und im Park gewesen. Erst im Park und dann in der Wilhelmstraße.“

Jetzt war die Erregung, die sich aller bemächtigt hatte, kaum zu zügeln.

Der Präsident mußte wieder zur Glocke greifen.

„Aber sagen Sie, Wildide, warum haben Sie denn bisher beständig das Gegenteil behauptet?“

„Als Angeklagter sagt man ja manchmal manchmal anders, als es ist.“

„Und sprechen Sie jetzt die volle Wahrheit?“

„Jawohl, Herr Präsident!“

„Nun, dann erzählen Sie uns einmal, wie sich die Sache zugetragen hat, wie Sie in den Park hinein- und wie Sie aus dem Park herausgekommen sind?“

„Genau so, wie es damals der Herr Kriminalkommissar Meyer und der frühere Herr Staatsanwalt erklärt haben! Ganz genau so! Ich habe die Parktür mit einem Nachschlüssel geöffnet.“

„Um welche Zeit?“

„Nach Mitternacht war's sicher, so etwa um halb eins, vielleicht aber auch noch später. Nach der Uhr habe ich nicht gesehen. Dann habe ich mich im Parke verstreut und aufgepaßt, was die Frau Gräfin mit ihrem Hunde im Zimmer machte. Das Zimmer war hell und draußen war es dunkel. Als ich sah, wie die Gräfin mit dem Hunde in das Nebenzimmer trat, machte ich leise die Tür auf, die Tür vom Park zum Zimmer, die nicht verschlossen war. Ich hatte einen Ueberrock und einen Hut. Die legte ich ab, weil sie mich bei der Arbeit genieren konnten. Vielleicht habe ich mir auch den Schnee abgeschüttelt. Das weiß ich so genau nicht mehr.“

„Aber, Wildide,“ unterbrach ihn der Vorsitzende. „Das war doch sehr unbedacht gehandelt! Und es klingt recht wenig wahrscheinlich! Wenn Sie sich in dem Zimmer überflüssiger Weise aufhielten, so war die Gefahr der Entdeckung doch eine sehr große! Und Ihre Sachen konnten doch leicht bemerkt werden. Das Zimmer war hell. Da hätte man doch gleich auf den Täter gefahndet und, wenn man ihn auch nicht erwischte, jedenfalls sehr beweiskräftige Stiche von ihm in Händen gehabt!“

„Das ist ja alles ganz richtig, Herr Präsident! Das habe ich den Herren damals gerade so gesagt wie Sie, beinahe wörtlich, — damals, Herr Präsident, als ich mich herauslösen wollte, aber der Herr Kommissar sagte: solche Sachen, die man nicht begreifen könne, kämen bei allen Einbrüchen vor! Und der Herr Kommissar hat ganz recht. Erklären kann ich's Ihnen nicht, aber getan habe ich's!“

Der Staatsanwalt nahm Wildide scharf ins Gesicht und suchte ihm seine Lügen nachzuweisen, ihn zu überrumpeln. Wildide ließ sich nicht aus seiner Ruhe bringen und blieb dabei: „Früher habe ich gelogen, jetzt sage ich die Wahrheit!“

(Fortsetzung folgt.)

wird, Reichs- rium u Erwerb die Not- Buschm in den mit wi langentf wird ur -Hinterf ihnen n zusehen Rücksich Geschäft gungsbe in Dipp denn, d eine Au auf ein werden Empfäng kennung schlich verschied welche d gibt. Da Zeit in dieser F Geldes g lich stell zuständig lichen W können. Nachweil - M Jugendab als Oast Monern trafen di freundslich Familien der Gäste vormittlich schaft Te Schlagbal walde der schlich i effante vo wechsel. Fangen di gegen die leichter F gang der an mit de beide Ver noch fester Schlagball gegen die Lepitz, a spielen. durch Lep werden fei stelligen. - M chen des hons an - An Amtsgeric an das bi - Ab Dresden ein Sonde stelle in diesbezügl - Ab Altenberg wieder auf dorf 819 927, 437, 8